

Gebäude soll zunächst weiter als Unterkunft für Geflüchtete bestehen bleiben – Bauwillige müssen warten

Abriss der Schule in Stahle verschoben

HÖXTER (sos). Die als Flüchtlingsunterkunft genutzte ehemalige Schule in Stahle wird noch nicht wie geplant in Kürze abgerissen. Diesen Beschluss hat der Rat Höxter auf Vorschlag der Verwaltung mehrheitlich gefasst.

Zwar warten Bauwillige darauf, auf dem Gelände ihr Haus zu errichten. Dennoch bat Bürgermeister Daniel Hartmann vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation um Aufschub. „Es tut uns leid, aber wir sind in einer Notlage und wissen nicht, was uns erwartet. Es geht darum, Planungssicherheit zu haben. Wir benötigen Kapazitäten für Geflüchtete.“

„Wir haben keine andere Wahl“, signalisierte SPD-Fraktionschef Günter Wittmann der Verwaltung auch vor dem Hintergrund der Belegungszahlen der städtischen Unterkünfte die Rückendeckung seiner Mannschaft. „Wir werden dem Beschlussvorschlag zustimmen und sollten uns dennoch die Möglichkeit offen halten, unser Versprechen an die Ortschaft Stahle umzusetzen, sobald die Situation es erlaubt“, betonte die Vize-Vorsitzende der CDU-Fraktion, Karin Wittrock.

„Wir haben uns schwer getan, den Vorschlag zu unterstützen, aber es bleibt uns

nichts anderes übrig“, brachte Fraktionssprecher Martin Hillebrand die Haltung der FDP auf den Punkt. Es sei bedauerlich, dass die Bauwilligen in Stahle noch länger warten müssten. Jetzt aber gelte es, Geflüchtete würdig unterzubringen.

Ralf Dohmann (BfH) kritisierte, dass der Bürgermeister den Beschlussvorschlag erst in der Sitzung vorgetragen und nicht schon mit der Einladung schriftlich eingebracht habe. Daher habe die Fraktion ihn nicht vorberaten können. Grünen-Fraktionschef Ludger Roters empfand den Beschlussvorschlag, wie er sagte, nicht als Überras-

chung und kündigte ebenfalls Zustimmung an.

Bürgermeister Daniel Hartmann möchte den Abriss der Schule strecken, „bis wir ein klareres Bild haben“. Die dort stationierte provisorische Rettungswache des Landkreises Holzminden verlässt zum Jahresende das Gebäude. Die Nachbarn hätten die Kündigung des Mietvertrages zum 31. Dezember akzeptiert, informierte der Bürgermeister in der Ratssitzung.

Ins Visier gekommen hat die Verwaltung bei der Bestandsaufnahme bestehenden und möglicher weiterer Unterkünfte auch die ehemalige Förderschule in Lütmar-

sen. Sie war in der Vergangenheit schonmal als Flüchtlingsunterkunft genutzt worden und ist daher aus Sicht der Stadt geeignet. Noch ist das Impfzentrum des Kreises dort untergebracht. Der Mietvertrag läuft bis zum 31. Dezember.

Aus aktueller Sicht sei der Kreis nicht an einer Verlängerung der Laufzeit interessiert, berichtete Dezernent Stefan Fellmann in der Ratssitzung. „Spätestens im Januar können wir also mit der Ertüchtigung des Gebäudes beginnen“, kündigte er an. Aufgrund des Umbaus müsse eine Vorlaufzeit berücksichtigt werden.